

ROTDORN

unabhängige, linke Jugendzeitschrift aus Berlin



Die Linke stark machen!

www.ROTDORN.org

- news
- termine
- archiv
- links
- newsletter

mr.bias

Geneigte Leserin, geneigter Leser!

Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt... Viel ist geschehen seit dem letzten Rotdorn vor vier Monaten: Der Kanzler will das Misstrauen. Gar nicht mal so einfach für die Koalitionäre, in sieben langen Jahren Regierung haben sie doch immer brav genickt und zu Allem Ja gesagt. Und nun meint der Chef, dass er ihnen, seinen Bundestagsabgeordneten, nicht mehr vertrauen kann! Was folgte war ein Schmierentheater ohnegleichen.

Die SPD übt sich munter in »Kaptilismuskritik«, schreibt ein »Wahlmanifest« und die »Parteilinken«, die sonst wie Schmuttelkinder in der Ecke stehen, dürfen zur Wahl auch mal ihren Mund aufmachen... Und sie freuen sich ganz doll, das der Gerd sie doch noch lieb hat. Die Grünen tun so, als ob sie das alles nichts angeht. Die Partei ist Joschka, und Joschka ist schon lange dieser schnöden Welt entrückt – er schwebt sozusagen über den Dingen. Er erklärt der Partei wie das so ist, in der großen, weiten Welt und der Partei wird dabei wohligh warm ums Herz. Sofortiger Atomausstieg? Energiewende? Friedenspartei? War was? Nein, »links« ist bei den Grünen eine Art schickes Modeaccessoire, was man sich bei Bedarf ans Revert heftet. Das Problem der Unionsparteien sind weniger die frustrierten Provinzpolitiker als vielmehr Angela Merkel und ihr »Kompetenzteam«. Der Bayer Beckstein als Innenminister wird Schilys Radikalabbau der Bürgerrechte vorantreiben (Seite 5) und mit dem Parteilosen Kirchhof hat man auch einen waschechten Turbokapitalisten an Bord. Wer für die von ihm geforderten Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 25% bezahlen wird ist klar: die Umverteilung des Vermögens von unten nach oben wird beschleunigt. Den »Wertekonservatismus«, den man sich bei der Union bei alledem auf die Fahnen schreibt, beleuchten wir auf Seite 4 näher.

Und die FDP? Diemal ohne »Guidomobil« und »Projekt 18« probieren sie in diesem Wahlkampf vor allem eins: Nicht schon wieder Guido als Grinsespaßkasper der Nation und somit die größten Peinlichkeiten den anderen überlassen (den Job haben Stoiber und Schönbohm bestens erledigt). Wenn man schön ruhig bleibt darf man vielleicht wieder der Mehrheitsbeschaffer sein.

Als unabhängige linke Jugendzeitschrift haben wir uns seit Jahren für den Einzug der PDS in den Bundestag eingesetzt. Auf Bundesebene besteht nun die große Chance, dass durch die Neugründung der Linkspartei eine starke linke Fraktion in den Bundestag zieht. Eine

Liebesheirat war es zwar nicht gerade zwischen PDS und WASG (siehe Interview mit Stefan Liebich auf Seite 11), aber was nicht ist, kann ja noch werden. Und trotz aller Unkenrufe ist es gelungen die Listen aufzustellen. Nun muss es darum gehen, geschlossen in den Wahlkampf zu ziehen und nach dem 18. September endlich wieder linke Oppositionsarbeit im Bundestag zu leisten!

Der Schwerpunkt des dritten Rotdorn in diesem Jahr liegt somit bei der kommenden Bundestagswahl. Anfang des Jahres sind wir auf die (gescheiterten) Montagsdemos eingegangen und pünktlich zum 60. Jahrestag der Befreiung haben wir den Faschismus damals und heute beleuchtet. Insbesondere der Artikel zu den Naziläden ist auf Euer Interesse gestossen: Viele Leserbriefe haben gezeigt, dass das Faschoproblem nach wie vor, besonders an Schulen, existent ist. In der nächsten Ausgabe wollen wir Eure Erfahrungen zum Thema veröffentlichen. Wir freuen uns auf Eure Briefe, Gedichte, Bilder und ...

Wenn Du den Rotdorn nicht das erste Mal in der Hand hältst, ist Dir sicherlich schon aufgefallen, dass wir leider nur eine »Sparausgabe« finanzieren konnten. Durch den um zwölf Seiten geringeren Umfang konnten wir einige Artikel bis auf weiteres nicht veröffentlichen. Aber Dank unnachgiebiger Arbeit können wir eine Ausgabe zum Wahlkampf ermöglichen.

Das diese Ausgabe überhaupt erscheinen kann, haben wir der PDS Berlin III, der Berliner PDS, den Spendern und Anzeigenkunden (insbesondere dem »Kämpfer für die vergessenen Wälder«, Gracias) zu verdanken. Wir wollen auf jeden Fall die kostenlose Verschickung des Rotdorn aufrecht erhalten, denn so kommt unsere Zeitschrift an Orte, an denen es uns nicht möglich ist zu verteilen. Für diese Ausgabe müssen wir aber darauf verzichten. Durch die Druckkosten haben wir unser Budget aufgebraucht.

Also: Jede Spende hilft uns weiter, selbst wenn es nur 1€ sein sollte: Mit diesem können wir schon einen Abonnenten beliefern.

Ansonsten hat der Rotdorn seit Neuestem eine eigene Radiosendung: Rotdorn-Radioaktiv. Wir senden zwei Stunden im Monat auf der Frequenz des Offenen Kanal Berlin. Wir haben uns viel vorgenommen! Hört doch einfach mal rein, Empfangsfrequenzen und Sendetermine stehen auf der Seite 15.

Bis zur nächsten Ausgabe des Rotdorn, die im Januar 2006 zur Karl & Rosa-Demo erscheinen wird, könnt ihr in unserem Online-Archiv unter www.rotdorn.org schmökern.

Einen schönen (Rest)Sommer, viel Spaß beim Lesen und beim Hören wünscht Euch

Eure Rotdornredaktion

Anzeige

Helle Panke

Zur Förderung von Politik,
Bildung und Kultur e.V.

Kopenhagener Str. 9
10437 Berlin

fon: (030) 47 53 87 24
fax: (030) 47 37 87 75

e-mail: info@helle-panke.de
web: www.helle-panke.de

11. September 2005, 10:30 Uhr
Politischer Brunch
„Krieg gegen den Terror“
und Bürgerrechte

Referenten: Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr u. a.;
Moderation: Dr. Albert Scharenberg
Gemeinsam mit: Bildungswerk für Politik
und Kultur, JungdemokratInnen/Junge
Linke, Komitee für Grundrechte und De-
mokratie
Eintritt: 1,50 Euro

Haus der Demokratie und Menschen-
rechte, Greifswalder Straße 4

23. September 2005, 19 Uhr
Salon Interkulturell
Ganz easy oder voll krass?
Schwul-lesbische MigrantInnen in Berlin

Diskussion mit VertreterInnen von greek-
gay, miles / lsvd, gladt e.V. / Türkgays und
dem Integrationsbeauftragten des Senats
Günter Piening
Moderation: Michael Melter, Politikwis-
senschaftler
Dazu: Orientalischer Bauchtanz, Ethno-
musik – Travestie – Ethno-Food
Eintritt 1,50 Euro

Sonntagsclub, Greifenhagener Str. 28,
10437 Berlin

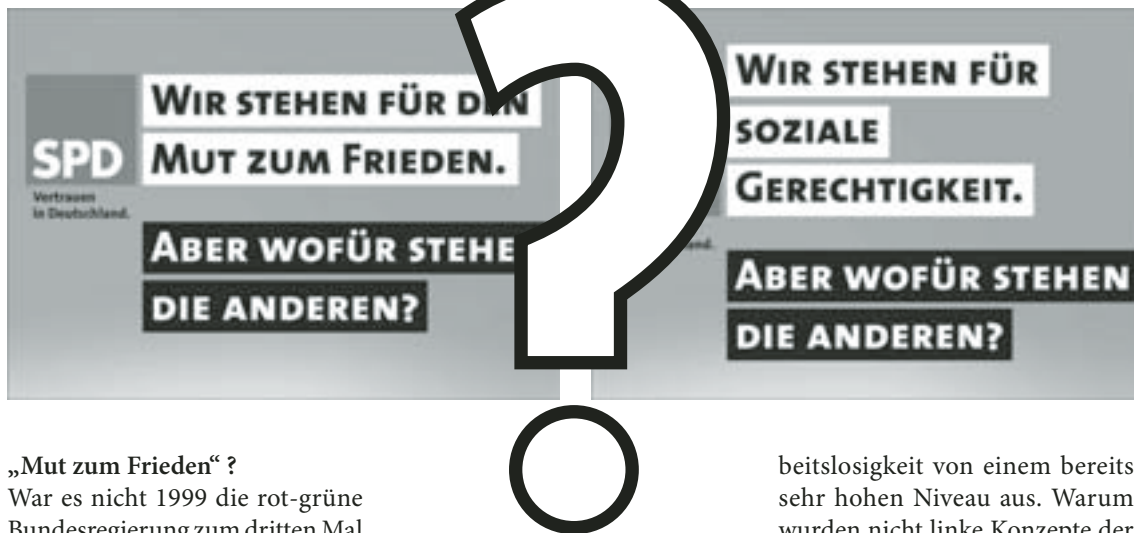
23. September 2005, 19 Uhr
Dokumentarfilmreihe
„Resist“

Preisgekrönter politischer Kinodokumen-
tarfilm des Regisseurs Dirk Szusziess
Ein Film gegen die Kreuzzugpolitik der US-
Regierung, gegen die Todesstrafe, gegen
den Krieg, für die gelebte Utopie!
Anschließendes Gespräch mit Dirk Szusziess
und Karin Kaper
Eintritt 1,50 Euro

Kopenhagener Straße 9,
10437 Berlin

Die Linke stark machen!

Ein sozialdemokratischer Wahlkampfstrategie dieser Tage ist ein hochbezahlter Zyniker. Laut Wörterbuch ist Zynismus „bissiger, pietätloser Spott“. Der Spott springt einem wortwörtlich ins Auge, wenn man die Plakate der SPD liest: „Mut zum Frieden“ und „Wir stehen für soziale Gerechtigkeit“ ist dort unter anderem zu lesen. Wie wenig Erinnerungsvermögen und Intelligenz sprechen die Zyniker den Bürgerinnen und Bürgern zu?



„Mut zum Frieden“ ?

War es nicht 1999 die rot-grüne Bundesregierung zum dritten Mal im 20. Jahrhundert die Bombardierung Belgrads durch Deutsche veranlasste? Erstmals nach 1945 griffen deutsche Soldaten auf fremdem Territorium an. Die angewandte Atommunition, die mit Uran 238 angereichert ist, verstrahlt bis heute Serbien und führt u. a. zu einer wachsenden Zahl an Missbildungen bei Kindern. Bis heute sind Bundeswehrsoldaten im Kosovo stationiert. Dies hat zu keinerlei „Befriedung“ des Balkans geführt. Ein Abzug der Bundeswehr ist nicht absehbar.

War es nicht Rot-Grün, die 2001 die Bundeswehr zum Kriegseinsatz gegen Afghanistan führte? Auch dort hat sich die Lage seither kaum gebessert. Drogenhandel und Clans regieren das Land außerhalb Kabuls. Die Stationierung der Bundeswehr hat bereits zu einer Angriffsdrohung der Terroristen auf Deutschland geführt. Deutschland ist so trotz des Neins zum Irakkrieg in die Spirale der Gewalt des „internationalen Kriegs gegen den Terror“ inbegriffen, zu dem Schröder seine „uneingeschränkte Solidarität“ erklärte.

Nicht zu vergessen die maßgebliche logistische Unterstützung des

Irak-Krieges auf den sich das Plakat bezieht.

Dies ist die Kriegsbilanz von Rot-Grün in 7 Jahren, die mitnichten von einem Mut zum Frieden geprägt ist.

„Wir stehen für soziale Gerechtigkeit“ ?

Dies verkündet die SPD nach sieben Jahren sozialen Kahlschlags. Die Liste der begangenen sozialen Ungerechtigkeiten ist lang und würde den Rahmen des Artikels sprengen. Zwei Steuerreformen in denen die Spitzenverdiener massiv entlastet wurden, ein Generalangriff auf den „kleinen Mann“ unter der Worthülse „Agenda 2010“ und nicht zuletzt ein Gesetzeswerk „Hartz IV“, das vor einem Jahr die Gemüter hochkochen ließ, sind nur ein kleiner Ausschnitt. Unter anderem wurde z.B. mit Hartz IV die Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe von 3 Jahren auf ein Jahr verkürzt, selbst wenn Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt wurde. Unter „sozialer Gerechtigkeit“ ist wahrlich etwas anderes zu verstehen. Nicht zu vergessen ist ein deutlicher Anstieg der Massenar-

beitslosigkeit von einem bereits sehr hohen Niveau aus. Warum wurden nicht linke Konzepte der radikalen Arbeitszeitverkürzung angewandt? Stattdessen brachte der praktizierte Neoliberalismus à la Blair, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, einen Abbau von Arbeitsplätzen. Das neoliberale Konzept: „Entlastung der Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen“, das landauf landab gepredigt wird, scheiterte bereits unter Kohl und hat auch unter Schröder nicht funktioniert, obwohl er es den Wähler(inne)n versprach.

Links wählen!

Dies kann nur die einzige Antwort auf die rot-grüne Bilanz und die Verschlimmerungspläne von CDU und FDP sein. Es wird höchste Zeit, dass auch wieder im Parlament Alternativen zum Kapitalismus formuliert werden und eine konsequente linke Opposition existiert. Diese wird parlamentarisch und außerparlamentarisch massive Verteidigungskämpfe zu führen haben, gegen eine erneute Sozialabbau- und Kriegspolitik der neuen Bundesregierung, wie auch immer sie genau aussehen mag. Deshalb: Wählt die Linkspartei.

▪ sk



■ 1. Sozialforum in Deutschland

Unter dem Motto „Für Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ fand vom 21. bis 24. Juli 2005 das erste deutschlandweite Sozialforum in Erfurt statt. Die weltweite Sozialforumsbewegung, u. a. tagten bereits Weltsozialforen in Brasilien und Europasozialforen in Paris und London, ist ein breites Bündnis von Allen, die eine andere, gerechtere Welt wollen. Das Bündnis reicht von kirchlichen bis hin zu anarchistischen Gruppen. Neben den Vertretern von globalisierungskritischen, linken Organisationen engagieren sich auch Einzelpersonen in den Sozialforen. Ein Berliner Sozialforum arbeitet schon seit mehreren Jahren. In Erfurt versammelten sich mehr als 2 500 Teilnehmer aus ganz Deutschland. Auch eine kleine Delegation des Rotdorns war zugegen. Neben der Diskussion verschiedenster Themen wurden die nächsten Prosthöhepunkte geplant, v. a. das G8-Treffen in Deutschland/Heiligendamm 2007. Allgemein wurde ein heißer Herbst gegen die Sozialabbaupolitik der neuen Bundesregierung erwartet. Neben den großen Plena dient das Sozialforum der Vernetzung der verschiedensten Gruppen. Viele private Kontakte entstanden und das gemeinsame Feiern kam natürlich nicht zu kurz.

♦ Infos: sozialforum2005.de

■ Gendreck weg!

Nachdem eine großangelegte Feldbefreiungsaktion Ende Juli durch Polizeigewalt verhindert wurde, gelang es am 10. August Gen-GegnerInnen ein 7,5 Hektar großes Feld im Oderbruch mit genmanipuliertem Mais des Monsanto-Konzerns weitgehend zu zerstören. Vorbild der „Feldbefreier“ sind die Aktionen in Frankreich und Indien. Dort haben sich schon Tausende am öffentlichen Jäten auf Genfeldern beteiligt.

♦ Infos: gendreck-weg.de



Der Wert unserer Werte

Die konservative Wertedebatte zur Verschleierung der totalen Ökonomisierung

Die politische Instrumentalisierung des neunfachen Baby-mords in Brieskow-Finkenherd durch den brandenburgischen Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) hat mit der Lebenswirklichkeit der straffällig gewordenen Mutter nichts zu tun. Wenn der brandenburgische CDU-Chef Schönbohm in einem Interview die schrecklichen Vorkommnisse damit erklären will, dass die von der SED erzwungene Proletarisierung Ostdeutschlands und die Zwangskollektivierung ländlicher Gegenden die Menschen östlich der Elbe ums Verantwortungsgefühl für ihr Eigentum gebracht habe und daher um die inneren Werte, so zeigt er nur, wie viele

seiner CDU/CSU-Kollegen auch, dass er kein Analytiker sondern ein Demagoge ist. Die „deutsche Leitkultur“ bestand eben nicht in den christlichen Werten von Nächstenliebe und Menschenwürde, sondern in der Ökonomisierung aller Lebensbereiche sowie im Um- oder besser Abbau des Sozialstaats. Die Wertedebatte – von Sonntagsreden von der Überlegenheit des christlichen Abendlandes oder der westlichen Zivilisation einmal abgesehen – beschränkte sich darauf, den Wert von niedrigeren Steuern und sinkenden Lohnnebenkosten zu beschwören. „Und während die Steuern sanken, kroch in den Schulen und Kin-

dergärten der Schimmel die Wände hoch,“ (Heribert Prantl *) und der Schuldenberg – Zeitbombe künftiger Generationen – wuchs ins unermessliche (1,44 Billionen Euro).

Die gleichen Politiker, die Ausländer bei der Einbürgerung auf das Grundgesetz vereidigen wollen, haben längst vergessen, dass das Sozialstaatsgebot zu den Grundprinzipien des Grundgesetzes gehört; haben längst verdrängt, dass im Grundgesetz der Satz: „Eigentum verpflichtet“ steht. Diese Damen und Herren begreifen anscheinend nicht, dass Massenerwerbslosigkeit Massenwürdelosigkeit bedeutet. „Die Bürger einer Demokratie brauchen Ausbildung und Auskommen, sie brauchen eine leidlich gesicherte Existenz, sie müssen frei sein von Angst um ihre eigenen Lebensverhältnisse“ (Heribert Prantl *).

Viele dieser „Christdemokraten“ sieht man Sonntags oder an Feiertagen in die Kirche gehen, „als politische Schausteller sozusagen, ihre Gebetsriemen breit und ihre Quasten groß zu machen“ (Die Bibel, Neues Testament, Matthäus 23,5), aber gleichzeitig tiefe Einschnitte ins soziale Netz, die Kürzung der Sozialhilfe, die Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu verlangen, ist ein richtiges Ärgernis“ (Heiner Geißler **).

Den bundesdeutschen Konservativen fällt es immer schwerer mit den von ihnen gesetzlich formulierten kinderfeindlichen Strukturen in Arbeits- und Lebenswelt,

mit ihrem Festhalten am Recht des Stärkeren, mit ihrer Verharmlosung von Korruption, Bestechung und Parteispenskandalen auf den Schultern, den Wählern noch von inneren Werten, Verantwortung und Gemeinwohl oder gar von christlicher Nächstenliebe zu predigen.

Vielleicht begreifen sie oder zumindest die Kräfte, die sie ins Politrennen schicken, irgendwann einmal, dass man den Dax nicht streicheln und einen Wirtschaftsstandort nicht lieben kann. Der Mensch aber braucht andere Menschen wie das täglich Brot. Doch den Menschen, seine Würde und seine Bedürfnisse haben diese „Macher“ längst auf dem Altar des Götzen Geld geopfert.

■ Klaus Körner

Zum Weiterlesen

* Heribert Prantl: »Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit« ISBN: 342 627 36 32

Der Autor ist sozial- und innenpolitischer Redakteur der Süddeutschen Zeitung.

** Heiner Geißler: »Was würde Jesus heute sagen?« ISBN: 349 961 59 40

„In Zeiten, in denen man in der CDU den Abbau der sozialen Sicherungssysteme bejubelt, kommt das neue Buch von Heiner Geißler gerade recht. Während andere das C im Namen der Partei am liebsten streichen würden, plädiert der ehem. Generalsekretär der CDU dafür, das Evangelium als politische Botschaft ernst zu nehmen. Geißler zeigt, wie sich das, was Jesus vor 2000 Jahren gepredigt hat, auf die Probleme unserer heutigen Gesellschaft übertragen lässt. Geißler, der vor seinem Jurastudium bei den Jesuiten Philosophie studierte, ist dabei alles andere als ein religiöser Fundamentalist: Wenn er die Botschaften der Bibel interpretiert, geht er vom historischen Kontext aus und sucht nach Parallelen zu heute. Die Bergpredigt wird so zum Plädoyer gegen Sozialabbau („in einem modernen Industriestaat zeigt sich die Nächstenliebe nicht mehr allein in warmen Suppen“) und einen ungezügeltten Shareholder-Value-Kapitalismus, in dem nur noch die Dividende zählt.“

Anzeige

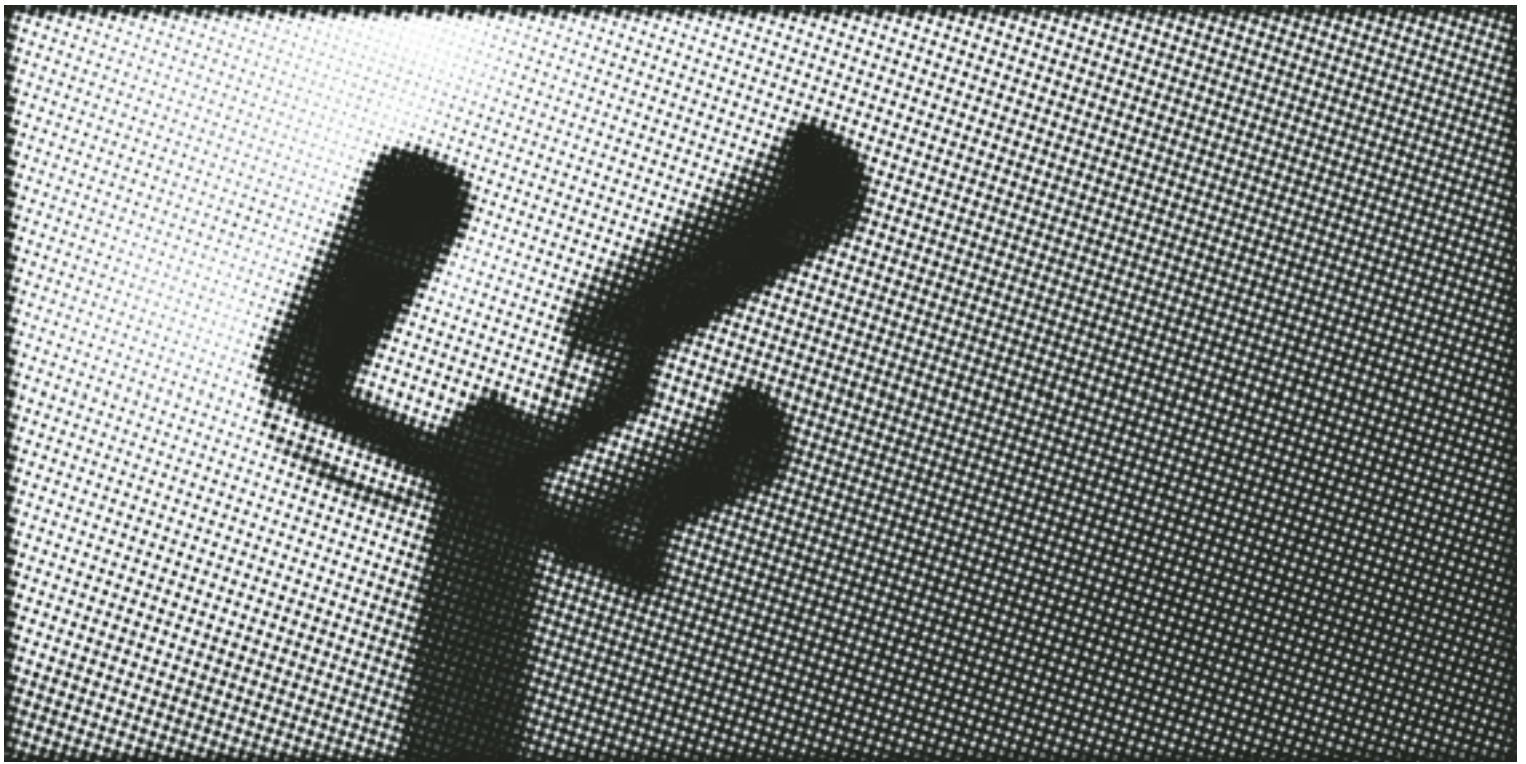


Bundesweit wählbar:

DIE LINKE. PDS

Petra Pau:

Ich will Werte wie Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit stärker in der Bundespolitik verankern.



Kontrollstaat BRD

Um Bürgerrechte einzuschränken braucht es Feindbilder. Diese sind absolut austauschbar: Vor 1990 mussten die Bürger vor dem jeweils gegnerischen System (Kommunismus/Imperialismus) geschützt werden, danach war es die organisierte Kriminalität und seit dem 11. September 2001 dient der islamistische Terrorismus als Legitimation. Doch gerade die verheerenden Anschläge in London machen deutlich: Die neuen Kontroll- und Überwachungstechniken, deren Einsatz in Großbritannien schon weit fortgeschritten ist, sind ungeeignet blutigen blutigen Terror zu verhindern.

Trotzdem wurde unter Rot-Grün die Entwicklung hin zu einem Überwachungsstaat vorangetrieben. Insbesondere Bundesinnenminister Otto Schily profiliert sich mit einer Politik des »Law and Order« und überholt selbst konservative Eiferer wie den bayrischen Innenminister Günter Beckstein rechts.

Hier eine kurze Auflistung der bedenklichen Auswüchse dieser »Sicherheitspolitik«.

Der neue »ePass«

Ab dem 1. November wird der neue Reisepass eingeführt. Personenbezogene Daten werden auf sogenannten RFID-Chips (Radio Frequency Identification) gespeichert. Die RFID Technik wird von vielen Datenschützern als zu unsicher eingestuft, denn es gibt noch keine konkreten Sicherheitskonzepte, die den Missbrauch der Technik verhindern. In den USA wird die RFID Technik schon seit einigen Jahren verwendet und es gibt im Bundesstaat Kalifornien bis jetzt schon 39 000 geschädigte Opfer der Technik. Denn die Geräte zum Auslesen der Pässe und Ausweise sind für jeden auf dem internationalen Markt frei erhältlich. Die Daten wurden zum Überziehen und Eröffnen von neuen Bankkonten, die Bestellung von teuren Waren usw. missbraucht. Inzwischen hat der Senat von Ka-

lifornien ein Gesetz verabschiedet, das es Staat und Kommunen verbieten würde, Ausweise und Führerscheine mit einem RFID Chip auszugeben.

Der Große Lauschangriff

Auch die Telefonüberwachung hat in der BRD Hochkonjunktur, es waren im letzten Jahr insgesamt 40 973 Anschlüsse davon betroffen, das ist ein Fünftel mehr als 2003. Der große Lauschangriff ist ein weiteres Segment zur Totalüberwachung, denn er schränkt das Grundrecht auf die Unverletzbarkeit der Wohnung massiv ein. In Niedersachsen ging man noch einen Schritt weiter: Das dortige Polizeigesetz sieht eine »vorbeugende Telefonüberwachung« vor, d. h. auch ohne konkreten Tatverdacht kann die Polizei mithören. Erst das Bundesverfassungsgericht unterbrach diese Willkür.

§ 129a Bildung terroristischer Vereinigungen

Auch der neu eingeführte §129a zur Terrorabwehr wird genutzt, um unerwünschtes Protestverhalten der Bevölkerung zu unterbinden, wie dies ein Beispiel aus Hamburg zeigt. Im dortigen Schanzenpark soll aus einem alten Wasserturm ein Luxushotel werden. Ein Hauptgrund für den Widerstand ist, dass eine private Nutzung des Turms die Bewegungsfreiheit im Park einschränken würde. Die Baustelle am Wasserturm wird mit Flutlicht angestrahlt und rund um die Uhr von der Polizei bewacht, weil Absperrgitter und Bauzäune umgestoßen wurden und weil bei einem Mövenpick-Hotel in Lübeck Scheiben zertrümmert und Farbe verschüttet wurde. Die Täter wurden gefasst, die Hamburger Staatsanwaltschaft leitete umgehend ein

Verfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a Strafgesetzbuch ein. Daraufhin wurden elf Wohnungen durchsucht, mehrere Personen vorübergehend festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und ihnen zum Teil gegen ihren erklärten Willen DNA Proben entnommen. Wegen Gefahr im Verzug kam es zu Anschlussdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung. Die Medien feierten die absurde Großrazzia als »Schlag gegen den Hotel-Terror« und taten ihr übriges zur Kriminalisierung des Widerstands.

Einsatz von V-Männern

Ein Fall aus Hamburg: Der Mann nannte sich Christian Trott und war Ende 2003 in die linke Szene eingeschleust worden. Regelmäßig beteiligte er sich an Demonstrationen, Treffen und Aktivitäten verschiedener Gruppen, wie zum Beispiel bei der Anti-Hartz-Gruppe und der Kampagne »Hamburg umsonst«. Zuletzt bemühte er sich um Kontakt zum AstA der Hamburger Uni und zu Attac, sowie um ein Zimmer in einer politischen Wohngemeinschaft. Während einer Aktion wurde er von einer Bekannten als Kristian K. aus Lütjenburg bei Kiel erkannt und ist seitdem verschwunden. Es bestehen erhebliche rechtliche Zweifel an diesen V-Mann Einsätzen, denn eigentlich dürfen verdeckte Ermittler nur zur Verhinderung schwerster Straftaten oder

im Bereich der organisierten Kriminalität eingesetzt werden.

Bürokratie

Wegen eines Schreibfehlers saß der Hamburger Adam Kowalski 22 Tage in U-Haft. Trotz seiner Beteuerungen, dass es sich um einen Irrtum handelt, reagierte die Polizei nicht. Erst durch seine Mutter, die eine Vermisstenanzeige bei der Polizei aufgab, wurde der Fall durch einen Anwalt aufgeklärt.

Repression auf Demonstrationen

Die massive Polizeipräsenz auf politischen Demonstrationen sorgt für die gezielte Einschüchterung der Teilnehmer.

Im Vorfeld finden immer öfter Leibesvisitationen statt, auch Taschen und Rucksäcke werden von den Beamten durchwühlt. Der Demozug wird durch die Polizei abgefilmt, teilweise sogar mit speziell präparierten Einsatzwagen. Was mit dem Filmmaterial geschieht, entzieht sich jeglicher Kontrolle. Das Verhalten der Polizei geht soweit, dass Transparente der Demoteilnehmer mit dem Messer zerstoßen werden, wie auf der Gelöbnix Demo 2005 geschehen.

Diese Kriminalisierung von friedlichen Demonstranten hat System:

Da das Recht auf Versammlungsfreiheit durch die Verfassung gesichert ist probiert man durch Abschreckung unerwünschtes Protestverhalten der Bevölkerung zu unterbinden.

Beugehaft

Das neue Hamburger Polizeigesetz ist ein weiterer Eingriff in die Grundrechte der Bürger.

Nach diesem können Personen nicht mehr nur zwei Tage, sondern auf richterliche Anordnung bis zu zwei Wochen in Gewahrsam genommen werden, wenn sie unter Verdacht stehen, Straftaten begehen zu wollen – ein Instrumentarium von dem die Polizei vor allem vor Großveranstaltungen Gebrauch machen wird.

Juristen und Bürgerrechtsorganisationen kritisieren die Beugehaft als Disziplinierungsinstrument, dass dazu missbraucht werden kann Geständnisse und Zeugenaussagen zu erpressen.

Polizeigewahrsam

Der Tod eines Asylbewerbers in Dessauer Polizeihaft ist ein weiterer Beweis für den Repressionsstaat BRD. Denn der 21jährige Mann aus Sierra Leone war in seiner Zelle verbrannt, nachdem er trotz Fixierung an Händen und Füßen eine schwer ent-

flammbare Matratze mit einem Feuerzeug angesteckt haben soll, das zuvor bei einer Durchsuchung übersehen worden war. Telefonprotokolle der Polizei offenbaren eine eklatante Geringschätzung des Afrikaners, auch hat sich erst bei einer zweiten Obduktion, die seine Mutter veranlasst hatte ergeben, dass er einen Nasenbeinbruch erlitten hat. Laut Aussage der Beamten soll er mehrfach mit dem Kopf gegen die Wand und Tische gestoßen haben.

Die Untersuchung des Falls zeigt, wie die Staatsorgane diesen Vorfall zu vertuschen versuchen.

Vorschau

Die präventive Überwachung ersetzt weitgehend die Bedeutung des Tatverdachts als Ausgangspunkt für polizeiliche Ermittlungen. Um dies weiter zu forcieren wackelt das verfassungsrechtlich gesicherte Trennungsverbot zwischen Polizei und Nachrichtendienst. Polizeiarbeit bedient sich zunehmend geheimdienstlicher Mittel und Methoden.

Auch andere Institutionen werden in solche Praktiken einbezogen: Kindergärten und Schulen sollen bei der Anmeldung überprüfen, ob die Eltern der Kinder sich legal in Deutschland aufhalten. Bildungseinrichtungen als

verlängerter Arm der Behörden – bereits Praxis in Bonn, demnächst auch bundesweit?

Steuerberater, Anwälte und Wirtschaftsprüfer sollen künftig alle verdächtigen Geldtransfers melden, die zur Finanzierung des Terrorismus und der Geldwäsche dienen können. Diese zwei kleinen Beispiele zeigen es: Ermittlungsarbeit stützt sich auf Spitzel und Denunzianten.

Auch der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, wie von der Union gefordert, stellt die Verfassung auf den Kopf. Dabei sollten die Mittel von totalitären Militärdiktaturen einer Demokratie unwürdig sein! Aber wenn es um die Hoheit über die Stammtische dieser Republik geht, ist den verantwortlichen Politikern das Grundgesetz egal und kein Vorschlag zu absurd. Bei der von Otto Schily vorgeschlagenen Hubschraubern-Jagd auf Graffiti-Sprayer drängt sich einem der sprichwörtliche Vergleich „mit Kanonen auf Spatzen schießen“ auf. Die Frage stellt sich, wie die »Scharfmacher« der Union dies toppen wollen. Panzerkrieg gegen Kaufhausdiebe?

■ Benjamin Otto

Der vorliegende Artikel basiert auf Informationen des „Chaos Computer Club“ (www.ccc.de) und dem Pressearchiv des „Neuen Deutschland“.

Der Rotdorn-Buchtip

Karnevalartige Demonstrationen, Lachparaden, Reclaim The Streets-Parties, verschiedene Formen von Straßentheater, subversive Street Art mit Graffiti, Postern und Aufklebern, Demo-Blöcke in Pink und Silber, Radical Cheerleading, Samba-Gruppen und Demo-Marschkapellen, Sitzblockaden auf der Datenautobahn, überraschende öffentliche Videovorführungen... – die Palette kreativer politischer Aktionen hat in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Raum an neuen Farben und Formen gewonnen. Mit dem Entstehen der neuen globalen Protestbewegungen, sowie einhergehend mit der Verschärfung der neoliberalen Verhältnisse auch in unserer Gesellschaft, findet ein Wiederaufleben von Aktivismus auf breiter Basis statt:

Alte Aktionsformen werden wie-

derentdeckt, vermischen sich, verändern sich in neuen Kontexten. Neue Aktionsformen entstehen aus dem Zusammentreffen von Aktivismus, Kunst und (neuen) Medien, entwickeln sich auf der Basis horizontaler Vernetzungen und Organisationsweisen. Protest und Widerstand sind notwendiger denn je, und machen zudem Spaß, sind gewitzt, bunt, kreativ, aber auch unberechenbar, bissig und direkt.

In go.stop.act! berichten politische



go.stop.act!

Ideen für den kreativen Protest

Der Autor Marc Amann, Jahrgang 1973, ist Diplompsychologe, Künstler, Puppenspieler und politischer Aktivist aus Tübingen. Er begeistert sich seit Jahren für kreative und direkte Aktionen. Er beobachtet und begleitet die neue weltumfassende Bewegung der Bewegungen, mit ihren Organisations- und Widerstandsformen sowohl international wie auf der lokalen Ebene.

AktivistInnen und KünstlerInnen über ihre Erfahrungen und geben Hinweise für all jene Gruppen aus NGOs, autonomen Zentren, Jugendverbänden, Kirchengemeinden, etc., die auf kreative Art für ihr Anliegen Aufmerksamkeit schaffen wollen.

»go.stop.act!«
erschienen im Trotzdem-Verlag
ISBN: 393 178 63 82
www.trotzdem-verlag.de

Am 6. Juni wurde die Yorckstraße 59 geräumt. Das Projekt besteht seit 1989, eine alte Fabrik wurde von den neuen Mietern zu einem Wohnhaus umgebaut. Räume für acht große WG entstanden und alternative Projekte, wie die Antirassistische Initiative, das Solidaritätskomitee für Mumia Abu-Jamal, das Berliner Figurentheater oder der Nachrichtenpool Lateinamerika, fanden ein zu Hause. Eine kleine Nachbetrachtung zu einem außergewöhnlichen Stadtereignis und der Frage, warum die eigentlich Verantwortlichen versagt haben.

Der Vorgang

Die Yorck59 wurde den Gewinninteressen eines neuen Eigentümers geopfert. Der Kampf der Yorck59 galt dem selbstorganisierten Lebens- und Veranstaltungsort und steht als Symbol für die Umkehr gegenwärtiger Stadtpolitik im Sinne der Betroffenen. Die rechtliche

schrieben wurde und sich tagtäglich wiederholt: die Verdrängung von Bewohnern aus ihren Wohnungen, die Räumung ganzer Gebiete, die Zerschlagung von Nachbarschaftsbeziehungen, von Kiez-Strukturen. Und es passiert immer aus einem einzigen Grunde: Ihre Wohnlagen sind mehr

Die Yorck 59 ist tot

Situation, daß die „Eigentümerinteressen gegen Bewohnerinteressen“ gestellt werden können, ist in Berlin zu einem massenhaften Phänomen verkommen. Das Ergebnis ist Verdrängung.

Nur weil Gesetze das Recht des Eigentümers höher stellen als das der Bewohner, ist es möglich, daß Gerichte sich regelmäßig zum Handlanger von Profitinteressen machen. Obwohl genügend Raum für alle vorhanden wäre, werden das Eigentum und die daran geknüpften Verwertungsabsichten, also der schnöde Mammon, über die Interessen der Anwohner gestellt. Verdrängung, Segregation, Sicherheitsdienste und Polizeigewalt sind zum Alltag in dieser Stadt geworden. Eine sehr geringe Minderheit verwaltet und bestimmt die Wohn- und Lebensbedingungen einer sehr großen Mehrheit.

Anhand der Yorck59 und ihrem Überleben oder Scheitern lassen sich grundsätzliche Fragen darüber stellen, wie die derzeitige Stadtpolitik zu verändern wäre. Sie steht stellvertretend für viele andere Projekte, für Integration und Politisierung. Selbstorganisiertes Leben ist höher zu bewerten als das Interesse einer Minderheit, auch wenn diese rechtlich die besseren Karten hat. Die Gier nach Verwertung verhindert eine sinnvolle Nutzung, und die Kommerzialisierung des gesamten Alltagslebens macht die Stadtbewohner zu Konkurrenten.

Was sich hier vollzieht, ist ein Prozeß, der bereits mehrfach be-

wert, als sie gegenwärtig abwerfen, eine höhere Miete ist möglich. Aber ist auch eine andere Stadtpolitik möglich?

Der Prozeß der Verdrängung wird gern mit dem Begriff des neoliberalen Stadtumbaus beschrieben. Innenstadtbereiche werden für zahlungskräftige Mieter umgebaut. Wer sich in der Arbeitsgesellschaft, die immer noch offiziell die Vollbeschäftigung auf ihre Fahne schreibt, durchsetzt, kann sich die besseren Wohnlagen auch leisten. Wer weniger Geld hat, muß eben die Konsequenzen tragen und wird in den sich verfestigenden „sozialen Brennpunkten“ mit einem Programm, das sich „Soziale Stadt“ nennt, von Quartiersmanagern bespielt.

Die Akteure

Parteien treffen sich auf Parteitagen und diskutieren das Programm der „Sozialen Stadt“, Bezirkspolitiker verfassen Drucksachen mit Willenserklärungen zur Unterstützung der Bewohnerinteressen, und dennoch bleibt das Gefühl, daß die Betroffenen sich wie Hamster im Laufrad bewegen.

Es ist diese Haltung, die man hinterfragen muß, denn sie steht symptomatisch für eine Politik, die glaubt, Gutes zu tun, und doch in neoliberalen Denkstrukturen verfangen bleibt. Und genau an dieser Stelle entscheidet sich linke Politik, egal in welchem Parteiengewand sie daher kommt: Wie haltet ihr es mit der Macht, wenn ihr sie denn habt?



massiver Polizeieinsatz während der Räumung

es lebe die Yorck !

Hauptakteur der Räumung war der Eigentümer Marc Walter. Er kaufte das Gebäude mit einer Gewinnerwartung, erhöhte die Miete und erwirkte die Räumung wegen ausbleibender Mietzahlungen. Die Yorckstraßenbewohner verweigerten die Mietzahlung und kämpften um ihr gemeinsames Wohn- und Lebensprojekt. Mit zahlreichen Aktionen politisierten sie den Vorgang der Mieterhöhung und anstehenden Räumung, sie demonstrierten, besetzten Parteizentralen und das Bürgermeisterbüro und zwangen so die politisch Verantwortlichen zum Handeln. Das Handeln, sprich Verhandeln, hielt sich zunächst in Grenzen.

♦ weiter auf der nächsten Seite



Haltestelle Woodstock

Seit 10 Jahren findet im Sommer in Kostrzyn, Polen das gigantische Sommer-Festival „Haltestelle Woodstock“ (polnisch: Przystanek Woodstock) statt. Veranstaltet wird das ganze von der polnischen Stiftung WOSP als Dankeschön an die ehrenamtlichen Helfer, die jedes Jahr an einer Spendenaktion für Kinderkrankenhäuser teilnehmen. Im Jahr 2005 zählten die Veranstalter 400 000 Besucher! Damit ist die Haltestelle das grösste „Umsonst & Draußen“ Festival in Europa. Zu sehen waren über zwanzig polnische Bands, aus Deutschland waren „Die Toten Hosen“, die „Beatsteaks“ und „Knorkator“ angereist. Da man für die Teilnahme an kommerziellen Festivals fast schon einen Kredit aufnehmen muss, solltet ihr Euch „Przystanek Woodstock“ fürs nächste Jahr ganz dick im Kalender anstreichen! Unsere kleine »Rotdorndelegation« vor Ort war von der Stimmung und der Gastfreundschaft der Polen begeistert. Dziękuję!

♦Infos: haltestelle-woodstock.de

Anzeige

Out now!

Soundtrack Revolution

Grave Concern ★ Billy Bragg
 Brixton Cats ★ Tolcha
 The Wobblies ★ Fred Alpi
 Rio Reiser ★ B&K ★ Sin Dios
 Rupert's Kitchen ★ Sab Cats
 Chumbawamba ★ Freygang
 General Strike ★ Utah Phillips
 B&K vs. Rotoskop ★ Kirk Kelly
 Brigada Flores Magon
 Attila The Stockbroker
 The Joseph Boys ★ Ya Basta!

Gibts hier: www.fau.org/fau-mad

■ Nie wieder Sonntag!

Am 12. April 2005 erteilte die Geschäftsleitung des Cafés „An einem Sonntag im August“ (Schönhauser Allee Ecke Kastanienallee) drei Schwarzen („wahrscheinlich Dealer“) Hausverbot. Nach diesem Vorfall mussten alle Angestellten des Cafés eine rassistische Erklärung unterschreiben, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. In dieser Erklärung heißt es unter anderem: „Für euch bedeutet das: 1. keine Toleranz.“ Und an anderer Stelle wird klargestellt dass „schwarze Jugendliche“ als Drogenhändler zu verdächtigen sind und aus dem Lokal geworfen werden sollen. Am 17. Juli 2005 machte das Bündnis „Nie-wieder-Sonntag“ mit einem Aktionstag auf diesen Rassismus aufmerksam. Einige junge Menschen besetzten zu diesem Zweck die Straße vor dem Lokal. Es gab Musik und Vokü, so dass es ein bunter Protest wurde. Viele Geschäfte und Cafés unterstützten diesen Protest. Eine Gegenveranstaltung im „Sonntag“ hatte das Ziel diese Kaschemme von Vorwurf des Rassismus rein zu waschen. Dieser Plan wurde jedoch von empörten Gegendemonstranten vereitelt. Gut dass auf Rassismus in unserer Gesellschaft noch mit solchem Protest reagiert wird. Auch ihr dürft nicht schweigen wenn bei Euch im Kiez solche rassistische Hetze stattfindet und müsst den Protest dagegen organisieren!

Anzeige



♦ Fortsetzung von Seite 7

Die Chance

Verhandlungen als Chance, wer hat sie verpaßt, wer hatte daran Interesse? Wohl ausschließlich die Bewohner der Yorck59. Sie gelten als naiv, weil sie nicht freiwillig gehen, weil sie die Mieterhöhungen nicht akzeptieren. Die einen sagen: Kinder, werdet erwachsen; die anderen: Macht weiter so, wir kommen vorbei.

Es ist wohl weniger naiv als mutig zu glauben, das Eigentum, seine Gesetze seien nicht alles. Könnte uns nicht genau diese Haltung von den Zwängen des Marktes befreien und uns glauben lassen, es gebe noch Ziele und Werte, für die es sich lohne zu kämpfen?

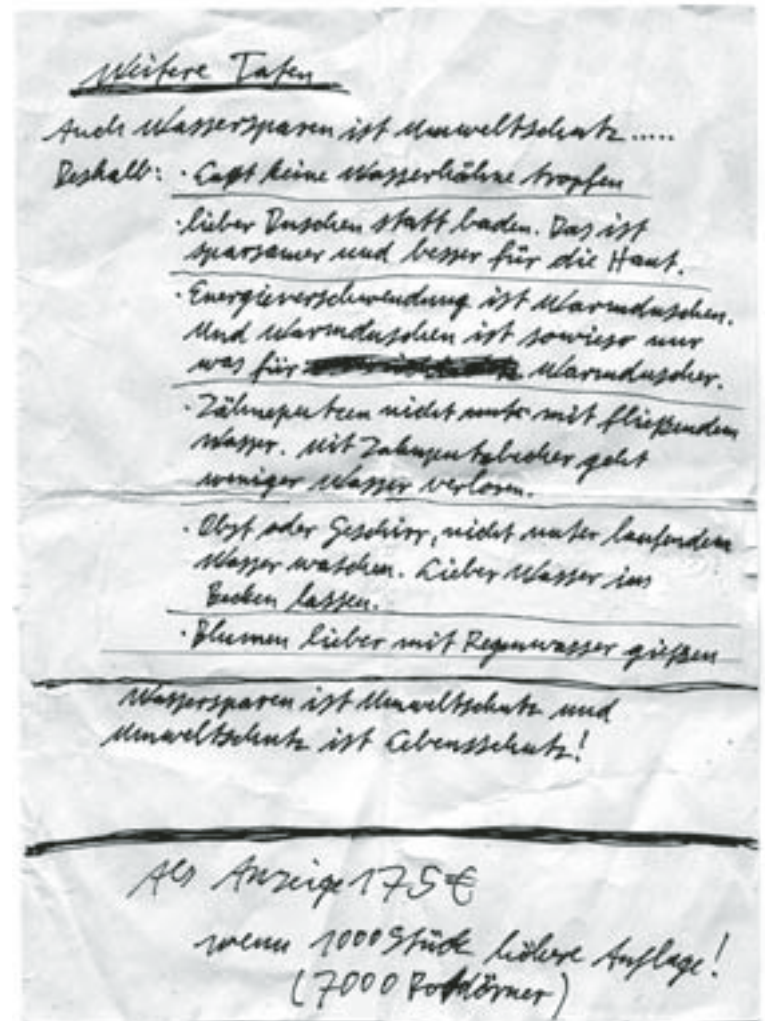
Die Yorck59 steht stellvertretend für viele andere Initiativen wie z. B. die der widerständigen Waldkiez-Bewohner. Solche Projekte sind nicht nur dazu verdammt, angesichts der Privatisierung aller Lebensbereiche als Konkurrenten um Geld zu buhlen, sie können stattdessen über eine Solidarisierung miteinander auch neue Wege aufzeigen. Neue Bündnisse sind nötig. Partner sind alle, die von dieser Politik der Privatisierung und Liberalisierung in Mitleidenschaft gezogen sind: Betroffene repressiver Ordnungspolitik gegen subkulturelle Strukturen, im sozialen Wohnungsbau oder in den Sanierungsgebieten mit Mietobergrenzen. Neben den Mitstreitern in alternativen Projekten, den Bewohnern im sozialen Wohnungsbau, den potentiell Verdrängten in Aufwertungsgebieten sind aber auch die Verbraucher privatisierter Dienstleistungen, die Arbeits- und Erwerbslosen und die Obdachlosen Bündnispartner für die Forderungen nach sinnvoller Nutzung von Häusern und städtischen Räumen. Das Ende der Mieterstadt, der Subkultur wird eingeläutet.

Veränderung, auch in den Einsichten der politisch Verantwortlichen, sind nur über die Mobilisierung der Betroffenen und deren Initiativen möglich. Genau das hat die Yorck59 in Angriff genommen, mit einer Vision, die Wandlungen wollte, z.T. mit Gewalt. Sicherlich ist Gewalt keine Lösung, aber sie spitzt die Interessen zu, und sie wird ebenso von der Gegenseite angewandt. Als das SEK das Haus stürmte, setzte es mit roher Gewalt das Ei-



gentsumsrecht durch. In diesem Moment gab es nur Verlierer, die Yorck59-Bewohner, denen die Lebensgrundlage entwendet wurde, und die vermummten Eindringlinge, die sich selbst Gewalt antun mußten, um im Auftrag des Staates anderen Gewalt anzutun.

Anzeige



Angesichts der weiteren Konzentration von immer mehr Reichtum in immer weniger Händen und der Unfähigkeit von Politik umzuverteilen, ist die Verteidigung städtischer Räume die letzte Chance, eine Verslumung ganzer Viertel zu vermeiden. Nur wenn alternative Lebensräume und die dazugehörigen sozialen Netze erhalten bleiben, kann der mit Armut einhergehenden Kriminalisierung entgegengewirkt werden. Mittlerweile haben ehemalige Bewohner der Yorck59 Teile des Künstlerhauses Bethanien, das leergezogene Sozialamt, besetzt. Nach erneuter Besetzung ist die Politik verhandlungsbereit. Nun sitzen Bezirkspolitiker, der Liegenschaftsfonds und die Yorck59 an einem Tisch und verhandeln. Sie werden im Bethanien geduldet, bis ein Alternativangebot geprüft werden kann. In Kürze soll ein befristeter Nutzungsvertrag abgeschlossen werden. Gratulation!

Der vorliegende Text von Karin Baumert ist eine gekürzte Fassung. Die ungekürzte Version ist auf der Internetseite des Berliner Stadtmagazins „scheinschlag“ (scheinschlag-online.de) nachzulesen, in dem der Artikel ursprünglich erschien.

Wehrpflicht vor der Wahl

Die vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 – die Zustimmung des Bundesverfassungsgerichts vorausgesetzt – können erhebliche Auswirkungen auf die Wehrpflichtentwicklung in der BRD haben. Die möglichen Szenarien sollen an dieser Stelle skizziert werden. Vorweg: Die Parteispitze der CDU/CSU will die Wehrpflicht ausweiten, während in der SPD die Wehrpflichtgegner immer mehr Raum gewinnen. Grüne und FDP wollen die Wehrpflicht aussetzen bzw. abschaffen, um die Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze zu professionalisieren. Die Linkspartei.PDS tritt sowohl für eine Abschaffung der Wehrpflicht als auch für eine umfassende Abrüstung der Bundeswehr ein.

SPD/Grüne wiedergewählt

Sollte die derzeitige Bundesregierung, auf deren Wiederwahl niemand mehr einen Pflifferling geben mag, bestätigt werden, würde vieles vom Parteitag der SPD im November 2005 abhängen. Die SPD, deren Führung fast geschlossen hinter der Wehrpflicht steht, wird sich dem Votum der Partei stellen müssen. Erstmals erscheint eine Mehrheit pro Wehrpflicht in der SPD nicht mehr gesichert. Die Parteiführung will die Diskussion um die Wehrpflicht bewusst aus dem Wahlkampf heraushalten. So wird das SPD-Präsidium nicht mehr wie geplant über einen Leit-antrag für den Bundestag im November beraten, und in ihrem Wahlmanifest geht die SPD nicht

auf die Wehrpflicht ein. Würde innerhalb der SPD die Wehrpflicht gekippt, ständen die Zeichen bei einer rot-grünen Regierung auf Wehrpflicht-Ausstieg.

Absolute Mehrheit CDU/CSU

Würde die CDU/CSU aus eigener Kraft die Regierung stellen, wäre unsere Anti-Wehrpflichtarbeit wohl auf unabsehbare Zeit notwendig, und die Wehrpflichtigen müssten sich warm anziehen. Den bisherigen Äußerungen von Kanzlerkandidatin Angela Merkel und „Wehrexperthen“ der CDU ist zu entnehmen, dass neben der grundsätzlichen Bejahung der durch Rot-Grün forcierten Auslandseinsätze ein „Heimatschutz“ innerhalb der Bundeswehr aufgebaut werden soll. Denn „das Bedrohungsgefühl der Bevölkerung werde >den wahren Herausforderungen< nicht gerecht“, so Angela Merkel, früheres FDJ-Kreisleitungsmitglied und FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Ihre dabei erworbenen Kenntnisse wird sie anzuwenden

wissen: Denn es geht nicht um eine reale, sondern um eine gefühlte Bedrohung. Und die lässt sich über Propaganda nahezu beliebig manipulieren. Für Merkel steht fest: „Auslandseinsätze der Bundeswehr werden zunehmen. Die Verteidigung unserer Interessen und unserer Sicherheit muss im 21. Jahrhundert weltweit erfolgen. (...) Unsere Streitkräfte haben aber neben den weltweiten Einsätzen noch eine weitere Aufgabe: die Verteidigung unseres Landes, den Heimatschutz. Meine Partei wird gerade (...) mit Blick auf eine funktionierende Heimatverteidigung auch in Zukunft für die Beibehaltung der Wehrpflicht in Deutschland werben.“ (Rede vom 07.02.04) Für den Aufbau der Heimatschutzkomponente soll nach bisherigen Vorstellungen der CDU die Bundeswehr um 25.000 Soldaten, darunter 20.000 Wehrpflichtige, aufgestockt, die Ausgaben für die Bundeswehr sollen „substanziell“ erhöht werden (CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 30.03.04). Einsätze der Bundeswehr im Innern sind für die CDU/CSU nicht tabu, genauso wenig

wie die Aufhebung der Trennung von Militär, Polizei und den Nachrichtendiensten sowie die Ausweitung der Wehrpflicht zu einer allgemeinen Dienstpflicht.

CDU/CSU-FDP-Regierung

Die FDP hat sich in den letzten Jahren als Anti-Wehrpflicht-Partei zu profilieren versucht. Ihre Beschlusslage ist eindeutig: Verzicht auf die Wehrpflicht zugunsten der Professionalisierung und Modernisierung der Bundeswehr für Auslandseinsätze. Nach der Ankündigung Schröders von vorgezogenen Neuwahlen haben sich FDP und CDU/CSU über die Zukunft der Wehrpflicht im Falle ihrer Regierungsübernahme gestritten. Seit die CDU/CSU klargemacht hat, dass sie bei der Wehrpflicht nicht kompromissbereit sei, ist die Wehrpflicht für die FDP in den möglichen Koalitionsverhandlungen „kein Kernthema“ mehr. Die FDP hat sich schnell mit der Position als Juniorpartner angefreundet. Es ist allerdings nur schwer vorstellbar, dass sie eine allgemeine Dienstpflicht zulassen würde.

Große Koalition aus Union & SPD

Alles möglich außer Verzicht auf die Wehrpflicht.

■ Ralf Siemens
www.kampagne.de



Anzeige

Wahl 2005

Mittwoch, 31. August 2005, 19:00 Uhr

Wie weiter mit der EU?

Diskussionsrunde

mit Helmuth Markov (MdEP, Die Linke.PDS) und Jiri Maštálka (MdEP, KSČM),

Moderation: Andreas Wehr (Bundestags-Direktkandidat der Linkspartei.PDS in Reinickendorf)

im Roten Laden Tegel, Schloßstr. 22, 13507 Berlin (U6 Alt-Tegel)

Montag, 5. September 2005, 19:00 Uhr

„Muss es 5 Millionen Arbeitslose geben?“

Alternativen der Linkspartei.PDS zu Hartz IV stellen

Wirtschaftssenator Harald Wolf und Andreas Wehr (Bundestags-Direktkandidat in Reinickendorf) vor.

Im Ernst-Reuter-Saal am Rathaus Reinickendorf (U8)



Die Linke.PDS Reinickendorf • fon: 43 73 26 30 • fax: 43 73 26 32 • mail: reinickendorf@die-linke-berlin.de • www.pds-reinickendorf.de

„Diese Palmen standen vor ein paar Jahren noch nicht im Wasser“, sagt Bobo Ahtack aus dem Dorf Rukuruku im Nordwesten der Insel Ovalau, die zu den Fidschi Inseln gehört. Er guckt besorgt auf den schwarzen Sandstrand seines Dorfes. Hier hat der Pazifik die vorderen Palmenbäume schon so weit umspült, dass ihre Wurzeln frei liegen. Sie drohen umzustürzen. Ein Wurzelstumpf ragt schon aus dem Wasser. „Wenn das so weiter geht, stehen die ersten Häuser bald im Meer und die Menschen verlieren ihr Zuhause. Beim letzten Cyclon im vergangenen Jahr mussten die Bewohner bereits in die Berge fliehen.“ Bobo wohnt seit 50 Jahren in Rukuruku und merkt, dass sich etwas in seinem Lebensumfeld dramatisch verändert: Der Meeresspiegel steigt an, die Küstenerosion verstärkt sich, wegen der Wassererwärmung sterben die Korallen ab und die extremen Wetterphänomene wie Dürren oder Regenfluten nehmen zu.



Land unter im Pazifik!

Drei Inselstaaten sind besonders betroffen: Die Marshall Islands, Kiribati und Tuvalu. Diese Inselgruppen haben eine durchschnittliche Erhebung über dem Meeresspiegel von gerade mal zwei Metern. Zum Vergleich: Die Niederlanden, deren Land zu 27 Prozent unter dem Meeresspiegel liegt, erheben sich immer noch durchschnittlich elf Meter über dem Meeresspiegel. Das macht deutlich, wie verletzlich die flachen Inseln des Pazifiks sind. Schmilzt das westantarktische Eisschild – wovon nach den neusten Messungen bei gleichbleibender oder wachsender atmosphärischer Verschmutzung auszugehen ist –, so wird der Meeresspiegel um drei bis fünf Meter in den nächsten 100 Jahren steigen. Viele der pazifischen Inselstaaten verschwinden komplett auf der Landkarte.

Das ist aber nicht nur ein rein theoretisches Gedankenspiel der fernen Zukunft. Für die Inseln im Pazifik ist es aktuelle Realität. Die Erhebung Tebua Tarawa diente zur Orientierung von Fischern in Kiribati – sie ist heute nicht mehr zu sehen. Sie liegt knietief unter Wasser. Bei Sturmfluten können sich viele Menschen auf Grund

der geographischen Gegebenheiten nicht auf Berge flüchten. Das Thema Klimaveränderung ist für die sieben Millionen Pazifiker wirklich ein Thema, das über Leben und Tod entscheidet. Oder zumindest darüber, ob sie ihr Stück Land verlieren, das für viele Generationen das Zuhause ihrer Familie gewesen ist.

Diese gravierenden Folgen allen pazifischen Staaten und der Weltgemeinschaft vor Augen zu führen, hat sich u. a. das pazifische Büro des Weltkirchenrates zur Aufgabe gemacht. „Wir wollen erreichen, dass die Kirchen im Pazifik mit einer starken vereinten Stimme sprechen und die weltweite ökumenische Familie zur Solidarität mit ihnen auffordern. Denn schließlich sind wir nicht die Verursacher des Klimawandels. Die pazifischen Staaten produzieren nur einen verschwindend geringen Anteil der Treibhausgase. Sie sind aber die Hauptleidtragenden des Treibhauseffektes. Die Verantwortung liegt bei den großen Industrienationen. Wir fordern die Kirchen dieser Staaten auf, das Leiden von uns Pazifikern vor ihren Regierungen laut werden zu lassen

und auf Veränderungen zu pochen. Wir müssen erkennen, dass wir uns auf der Erde gegenseitig schnell verletzen können, auch wenn wir tausende Kilometer voneinander entfernt sind. Deshalb sind wir auch verantwortlich füreinander. Das bedeutet Veränderung aller im Konsumverhalten und in der Energienutzung. Wir brauchen Solidarität mit den pazifischen Menschen!“

„Komm, Heiliger Geist, heile und versöhne!“ Dieser Appell der Athener Weltmissionskonferenz im Mai 2005 drückt genau diese Solidaritätsaus, von der Fe‘iloakitau Tevi (Pazifikbewohner) spricht. Es ist eine Solidarität zwischen allen Menschen, aber auch zur Mutter Erde. Uns zu Solidarität bekennen und aktiv zu werden, sei es im Glauben oder aus fester Überzeugung und Verantwortung gegenüber unseren Ressourcen und Lebensräumen, ist absolut notwendig und erfordert einen schärferen Blick über den Teller rand hinaus.

Aufmerksamkeit und Widerspruch gegenüber ausbeutenden Industrien hilft uns, einer klimatischen Katastrophe entgegenzutre-

ten. Fragen stellen, wie „Wie fliege ich am schnellsten und günstigsten zu den sonnigen Inseln“ dürfen nicht mit zu schnellen Antworten gefüllt werden. Es geht nicht primär um Zeit, Geld (z.B. Billigflüge), Schnelligkeit und Bequemlichkeit, sondern um den Erhalt dessen, dass unser Leben überhaupt möglich macht. Das ist saubere Luft, Wasser, Nahrung und ein Klima, welches Voraussetzung für unseren Organismus ist. Solidarisch sind wir, wenn wir nicht in ein Flugzeug steigen, bei dem die Auswirkungen des Kerosins in keinem Verhältnis zu unserem Schnäppchenpreis liegen. Wenn wir nicht einfach die Tür hinter uns schließen und die Klimaanlage einschalten, sondern wenn wir unsere Zeit, unser Geld und unser Streben nach Zufriedenheit in Technologien, Innovationen und Kommunikation stecken, die uns und vielleicht auch einmal unseren Kindern Perspektiven erlauben, die den Bestand dessen sichern, für den unsere Eltern bereits die Grundlagen geschaffen haben -ansonsten steht auch uns bald das Wasser bis zum Hals.

■ Cornelia Freitag

»Ich glaube, wir sollten das machen!«

Basti & Benny vom Rotdorn sprachen mit Stefan Liebich über den schwierigen Gründungsprozess der Linkspartei, rot-rote Regierungsarbeit in Berlin und Konzepte linker Politik.

Wie beurteilst du deine Gegenkandidaten die Herren Nooke und Thierse?

Wolfgang Thierse und Günter Nooke machen schon sehr lange im Bundestag Politik. Ich kann sie anhand dessen beurteilen, was sie dort beschlossen haben. Dazu gehört für mich zu allererst die Einschränkung von Bürgerrechten, die Hartz Gesetze mit unterschiedlichen Regelsätzen des Arbeitslogengeldes II in Ost und West. Ich finde, dass das keine vernünftige Vertretung in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee ist.

Du hast dich kritisch zu eurem Partner in der Linkspartei geäußert. Siehst du nicht auch, dass dieses Projekt die notwendige Alternative zu Rot-Grün und Schwarz-Gelb sein muss?

Absolut ist das so, und darum finde ich, dass es deutschlandweit ein richtiges Projekt ist. Ich glaube, wir sollten das machen! Darum habe ich auf dem Bundesparteitag für die Umbenennung in Die Linkspartei geworben. Dieser Beschluss wurde mit deutlicher Mehrheit so gefasst. Das Problem auf das ich mich bezogen habe, war ein konkretes in Berlin. Da war es zuerst so, dass die WASG sich zu allererst in Kritik an der PDS gegründet hat. Das macht es ein bisschen schwer mit einem Partner zusammenzuarbeiten, der bei der nächsten Wahl gegen einen antritt ist es nicht ganz einfach.

Aber es braucht eine starke Linke, gerade im Bund!

Ja, und darum ist es gut, dass es dieses Projekt gibt. Darum werden wir das auch in Berlin hinkriegen. Da müssen wir unsere persönlichen Bauchschmerzen ein bisschen zurückstellen. Das gilt für uns wie für die Wahlalternative. Darum bemühen wir uns auch.

Welche Programmatik vertritt die PDS in Bezug auf Studiengebühren?

Die PDS ist gegen Studiengebühren; das haben wir in unserem Wahlprogramm noch einmal festgeschrieben. Das gilt für die gesamte PDS. Sollte jetzt die gewitzte Nachfrage kommen, wieso wir in Berlin über Studienkonten gesprochen haben, antworte ich gleich: Unsere Debatte hier war ein Versuch Studiengebühren zu verhindern, wie sie jetzt in einigen Bundesländern kommen. Da hat sich die Partei aber anders entschieden. Deshalb bleibt es in Berlin dabei, das sich an den bisherigen Regeln solange wir in der Regierung sind nichts ändern wird.

Was sagst du PDS-Wählern, die von einigen Entscheidungen des Rot-Roten Senates in Berlin enttäuscht sind?

Ich versuche das dann ganz konkret zu diskutieren. Ich weiß das ja, es ist am Anfang nach den letzten Wahlen 2001 sehr schnell mit den Umfragen runter gegangen von 22% bis auf dramatische 9%. Da hängt natürlich damit zusammen, dass sich viele Menschen mehr gewünscht haben und mehr von uns erwartet haben von uns. Da muss man darüber diskutieren, warum einzelne Entscheidungen gefallen sind. Da muss man entscheiden, ob es trotzdem sinnvoll ist, das die PDS in der Re-

gierung ist. Ich glaube aber, dass es uns in der letzten Zeit aber deutlich besser gelungen ist, deutlich zu machen, anders zu machen als die SPD. Beispielsweise bei unseren Protesten gegen die Hartz Gesetze. Beispielsweise dadurch, dass wir das Sozialticket wieder eingeführt haben, dass es jetzt auch ein Kulturticket für 3 € für sozial Schwache gibt. Ich denke, dass sind Punkte, an denen wir deutlich machen, dass wir das soziale Gewissen sind. Wir kommen auch nicht darum herum schwierige Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Wie möchte die Linkspartei PDS den eklatanten Einkommensunterschied zwischen Menschen wie Peter Hartz und Hartz IV-Empfängern ausgleichen?

Von zwei Seiten: Zum einen bei Managern ist es so, dass sie meinen sich in einem weltweiten Wettbewerb um die höchsten Einkommen zu befinden. Da denke ich hilft zu allererst Transparenz. Da muss man offen legen, was Manager verdienen und dann müssen sie sich einer öffentlichen Debatte stellen. Wir haben das in Berlin so gemacht, dass Manager großer öffentlicher Unternehmen wie BVG und Vivantis künftig ihre Einkommen offen legen müssen. Ich möchte eine Debatte darüber warum Menschen so viel Geld haben müssen. Ich glaube, dass das dazu beitragen wird, dass da auch moralische Grenzen gezogen werden.

Auf der andern Seite ist es so, dass wir nicht möchten, dass diejenigen sie sehr wenig haben nicht weniger haben als es zum Lebensunterhalt notwendig ist. Da fangen wir an, bei den ALGII-Empfängern also den Hartz IV-Empfängern, die ja gegenwärtig 331 € Ost bzw. 345 € West bekommen. Da sagt die Linkspartei.PDS: Das Mindeste sind 420 €. Das ist genau das, was der deutsche paritätische Wohlfahrtsverband als das mindeste zum Lebensunterhalt Notwendige ausgerechnet hat.

Weitere Umverteilungen in der Gesellschaft müssen über ein neues solidares Steuersystem erfolgen. Das hat die Linkspartei PDS einen Vorschlag gemacht. Wir sind, glaube ich, die Radikalsten, was die Entlastung unterer und Belastung oberer Einkommensgruppen angeht. Da gehen wir ziemlich hart ran. Das schafft Umverteilung und mehr Geld für die öffentlichen Kassen!

Es ist so, dass in letzter Zeit nicht nur die Armen belastet werden. Es wird auch der Mittelstand belastet um wenige sehr Reiche noch weiter zu entlasten.

Ja, eine absolut falsche Entwicklung. Ich habe auch nicht verstanden, wieso Rot Grün nicht das, was z. B. die Grünen auf ihren Parteitag mehrfach beschlossen umsetzen. Ein Beispiel ist eine Vermögensteuer für die ganz Reichen einzuführen. Die Politik die Spitzeneinkommen immer weiter zu entlasten und zu hoffen, dass dadurch Arbeitsplätze entstehen hat sich als Trugschluss erwiesen. Harald Wolff, unser Wirtschaftssenator hat das mal sehr plastisch dargestellt: Er hat vorgerechnet, dass ab einem bestimmten Einkommen, wo die Leute richtig viel haben, sie das Geld was sie noch mehr haben immer aufs Bankkonto legen. Diejenigen, die weniger haben, müssen ich Geld auch ausgeben. Auch aus gesamtwirtschaftlichen Gründen ist es sinnvoll mit so einer Politik, wie sie bisher gemacht wurde, Schluss zu machen.

Stefan Liebich ist bei der Bundestagswahl Direktkandidat der Linkspartei für den Wahlkreis Pankow/Prenzlauer Berg/Weißensee und Fraktions- und Landesvorsitzende der PDS in Berlin



[Brian: „Sag mir, mein Sohn“, sagt mein Vater, „was sind die ersten Worte der Bibel?“ – „Ich weiss nicht Dad“ sage ich, „was sind die ersten Worte der Bibel?“ Und er sieht mich an, sieht mir in die Augen, und er sagt: „Mein Sohn, die ersten Worte der Bibel sind ... Das Geld zuerst. Das. Geld. Zuerst.“]



„Shoppen & Ficken“ Entblößung modernen Menschseins!

Im Ausschnitt des Theaterstückes „Shoppen & Ficken“ springt es hervor: Das konsumistische Manifest – richtig gelesen, „konsumistisch“ - !

„Shoppen & Ficken“ ist ein Gegenwartsstück, geschrieben auf der Folie eines Wirtschaftssystems. Der britische Autor Marc Ravenhill zeichnet ein ehrliches und zugleich erschreckendes Bildnis unserer Wohlstandsgesellschaft: Marc, Robbie und Lulu konsumieren alles, was sich ihnen in den Weg stellt, geben Geld aus, das sie nicht haben und glauben mit Shoppen ihre innere Leere füllen zu können. Die Figuren sehnen sich nach Liebe, nach einer anderen Welt, von der sie gleichzeitig wissen, dass sie utopisch ist. Ihre Sehnsucht nach Liebe wird nicht erwidert, aber das Verlangen danach hört nicht auf und Liebe ist für sie eine Art Antrieb. Fertiggerichte, Prostitution und Non-Kommunikation prägen ihr Dasein. Verzweifelte Leere und erstickende Ängste übertragen sie selbst auf den Zuschauer, der sich in so manch einer Figur wieder spiegelt. In ihren Beziehungen zueinander wollen sich die Gestrandeten um jemanden kümmern, bis die Sehnsucht, füreinander dazusein, sich zu lieben und geliebt zu werden, mit den Erfordernissen des Marktes kollidiert, wodurch sich die unlösbare Dialektik des Stückes ergibt. Als sich Mark entscheidet, aus diesem Kreislauf zwischen Fun und Apathie, zwischen Aufraffen und Scheitern auszusteigen, und sein Leben in geregeltere Bahnen zu bringen, sich dabei aber in den jungen Stricher Gary verliebt, wird das Gefühlschaos perfekt. Zusammen mit Robby und Lulu, die bis zum Hals in Schwierigkeiten stecken, werden sie in ein Psycho-Spiel verwickelt, aus dem tödlicher Ernst wird ...

Berlin ist vor allem durch Namen wie Bertolt Brecht oder Heiner Müller mit dem Theater des 20. Jahrhunderts verbunden. Die heutige Theaterszene wirkt hingegen manchmal wie eine Spielwiese für willkürlich vor sich hin inszenierende Regisseure. Neben biederem Bürgertheater arbeiten in Berlin jede Menge ambitionierte Theaterleute. Zwar mussten auch die Bühnen eine Menge Kürzungen der staatlichen Zuschüsse über sich ergehen lassen, doch ein spürbarer Niedergang der

Theaterlandschaft konnte bisher durch den vehementen Widerstand von Publikum und Intendanten verhindert werden. Allerdings haben sich dafür eine Reihe von Bühnen selbst das Ziel gesetzt, ihre Theater optimal auszulasten, um eine Spardebatte gar nicht erst aufkommen zu lassen. An den teuren staatlichen Bühnen kommen deshalb häufig konventionelle Inszenierungen auf den Spielplan. Nirgendwo in Deutschland findet sich eine so große Zahl an Theatermachern und Besuchern wie in Berlin. Theaterleute suchen sich ihr Publikum aus und umgekehrt. Daher lohnt sich in jedem Fall eine Expedition in die von manchen belächelte Off- oder Independent-Theaterszene.

Robby, Lulu, Marc und Garry sind in ihrer Auseinandersetzung mit Konflikten zwischen persönlichen Bindungen/Gefühlen und beruflichen/existentiellen Verpflichtungen auf der Theaterbühne am Lehniner Platz zu sehen. Die Schaubühne zeigt Tendenzen eines politischen und sozialkritischen Theaters und versteht sich selbst als Laboratorium, in dem die Kommunikation zwischen allen Theatermachenden, vom Autor, Schauspieler bis zum Publikum, gepflegt wird. Teils skandalös empfundene Stücke junger britischer Autoren wie Sarah Kane, Marc Ravenhill und Jon Fosse werden aufgenommen, da sie sich in ihrer Inszenierung um einen neuen, sozial engagierten Realismus bemühen.

Ravenhill wollte über eine Generation schreiben, die einzig allein unter den Bedingungen der Marktwirtschaft aufgewachsen ist, die keine anderen Werte als die des Marktes kennt und die sich mit extremen Manifestationen wie Drogendealen, Prostitution, Telefonsex, Aids und so weiter leben muss. Es geht ihm in erster Linie nicht darum, was einem passiert, sondern was passieren kann. Fragen wie „Hätte ich diesen Weg genommen, wäre ich jetzt da und da“ wollte er im Stück zum Ausdruck bringen. Wenn man sich das Stück genau ansieht, dann wird man feststellen, dass es keine Details liefert über den Verkauf z.B. von Ecstasy oder das Leben als Stricher. Er wollte hingegen größtmögliche Extreme entwerfen, die zu allgemeingültigen Metaphern werden, und keine soziologische Forschungsarbeit leisten.

Die Sucht nach Konsum als Existenzgrundlage - Shoppen und Ficken als sinngebende Aktivitäten – das packende Stück aus den 90ern lässt fast vergessen, dass alles nur Theater ist und fordert zu Stellungnahme. Der Habt den Mut, Euch ihr zu stellen!

Stück: Marc Ravenhill; Regie: Heidelinde Leutgöb;

Ausstattung: Renate Schuler; Lichtgestaltung: Gerald Kurowski;

Soundtrack: Alexander Jöchtl

■ Cornelia Freitag

Anzeige

Graswurzelrevolution
Die Zeitung für anarchistisch-gewaltfreie Streitkultur:
Graswurzelrevolution Nr. 300 (Juni 2005): Der GWR-Comic; Ausgrabungsarbeiten. Wie ich über die Graswurzel gestolpert bin; Wir sind alle illegal – Bericht aus Barcelona; Sommer, Sonne, Castor stoppen!; Vietnam. Die zu erinnernde offene Wunde; Gewaltfreie Aktionen, die die Welt veränderten; Macht ohne Herrschaft; Vom Ende der sozialen Demokratie. Hartz IV – eine Abrechnung; Soundtrack zur sozialen Revolution, u.v.m. Probeabo: 5 Euro (3 Ex.); Abo: 25 Euro (10 Ex.).
Bei: GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250; Fax: -351; abo@graswurzel.net; www.graswurzel.net

Ralfis Ökotipp

Erhaltung der Wälder

Wir Industrieländer verbrauchen das meiste Holz. Die letzten Urwälder werden für Papier, Zellstoff, Baumaterial, Möbel, Tiernahrung und Heizmaterial kahl geschlagen.

Handeln wir: Kaufen wir nur gebrauchte Möbel oder lasst euch alte Möbel schenken, die eure Eltern wegschmeißen würden! Und wenn wir schon neue Möbel kaufen, dann sollten sie aus ökologischer Waldnutzung kommen, d. h. vom FSC (Forest Stewardship Council) oder Naturland zertifiziert.

Sparen wir Papier wo wir können! Den Briefkasten mit der Aufschrift „Keine Werbung“ zu kennzeichnen bringt schon Erfolg für die vergessenen Wälder!

Nutzen wir Altpapier für den Haushalt, z. B. WC-Papier oder Taschentücher können aus Recyclingpapier sein. Benutzen und verlangen wir Altpapier für Büro und Druck – auch diese Zeitschrift hat noch Änderungsbedarf!

Und nochmal sage ich, dass der Fleischkonsum mitschuld an der Abholzung der Tropenwälder ist. Viel Wald wird abgeholzt um pflanzliche Tiernahrung anzubauen, nur damit wir am Ende ein kleines Stück Fleisch auf den Teller haben.

Die Verschwendung muss ein Ende haben!



Anzeige

Krieger



**brauchen Kontra.
Permanent. Radikal.**

www.jungewelt.de
9-Wochen-Probeabo
unter 0 30/53 63 55-80

Die Tageszeitung
jungeWelt

Jugendwahlkampf bei Gesine Löttsch:



MobilesInfoTeam GESTINE

Treffpunkt:

Mittwochs 16Uhr im Wahlkreisbüro von Dr. Gesine Löttsch
Ahrenshooper Str. 5, nahe Lindencenter

Jeder, der Lust hat, bei der Linkspartei in Lichtenberg jugendlichen Wahlkampf mit vielen neuen Ideen zu führen, ist herzlich eingeladen.

Aktionen:

Arbeitsplatzkampf auf offener Straße
Infoaktionen vor Schulen
Unterstützung bezirklicher Projekte

Ansonsten freuen wir uns auch über Unterstützung nach den Wahlen.

Kontakt: Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch, Tel. 99 27 07 25

in den Bundestag

Und nicht vergessen:

Am 18.09. die Linkspartei wählen!



Ökologisch Reisen

Landschaften sind heute durch Hotels, Straßen und Parkplätze verschandelt, weil alle zur selben Zeit, am selben Ort Urlaub machen wollen.

Wenn ich als Tourist die Natur besuche, dann versuche ich sie sowenig wie möglich zu zerstören. Hier einige Tipps:

Außerhalb der Saison reisen lohnt sich. So werden Hotels das ganze Jahr gleichmäßig ausgelastet und es fällt die Notwendigkeit weg, noch mehr zu bauen, weil sich der Massenandrang über das ganze Jahr verteilen würde.

Keine Autoreisen, ebenfalls auf Grund der Klimaveränderung. Wer außerdem nur im Kasten sitzt, ist von der Welt abgeschnitten. Die Bahn bietet europaweit viele Sparangebote.

Keine Flugreisen, denn Fliegen ist eine der Hauptursachen für die Erderwärmung.

Lieber seltener aber länger reisen, statt mehrerer Kurzurlaube. So mit spart Ihr viel Geld, weil die Fahrtwege entfallen. Weniger Geld geht dann in die naturfeindliche Infrastruktur.

Wo heute Schienen und Straßen sind, waren früher Wälder und stille Täler.

Was will ich denn überhaupt im Urlaub?

Schon eine einsame Wanderung in den Bergen bringt Großes.

Als Mitglied im Alpenverein kann man billig in Berghütten übernachten. Für Jugendliche ist es noch preiswerter.



Rotdorn-Radioaktiv

Der OKB (Offener Kanal Berlin) hat uns 120 Sendeminuten im Monat zugesichert. Noch sind die Termine unregelmäßig. Ab dem neuen Jahr haben wir dann hoffentlich einen festen Sendeplatz. Der OKB ist zu bestimmten Zeiten in Berlin über Antenne zu empfangen, über Kabel und natürlich auch im Internet www.okb.de durchgängig zu hören. Wir haben uns viel vorgenommen: Mucke, Mucke, Mucke, Beiträge, Interviews, Livemitschnitte, verschiedene Themenschwerpunkte. Hört einfach mal rein!

Die kommenden Termine sind:

Mittwoch 31.8.05 23:00 Uhr

Samstag 24.9.05 16:00 Uhr

Donnerstag 29.9.05 21:00 Uhr

Montag 3.10.05, „Tag des heiligen Helmut“, 20:00 Uhr
„Rotdorn - Radioaktiv“ ist in Berlin und Umgebung über Antenne 97,2 MHz zu empfangen, ansonsten im Kabelradio auf 92,6 MHz und im Internet www.okb.de zu hören. Im August noch nicht über Antenne.

26. 8. – 28. 8. 2005

Kann man Kapitalismus abwählen?

Ein kritisches Wochenendseminar über die Rede von Heuschrecken, Neoliberalismus und ungezügeltm Kapitalismus im Vorfeld der Bundestagswahl. Andreas Kleinert und Michael Schwandt leiten das Seminar, die Teilnahme inklusive Vollverpflegung und Übernachtung kostet 15€.

Anmeldung unter info@helle-panke.de

In der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werftpfuhl bei Berlin

31. 8. 2005 17:30 Uhr

Infoveranstaltung

Zur Geschichte und den aktuellen Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr, zur Entwicklung der Wehrpflicht und zur Wehrpflicht-Verweigerung.

DOSTO – Jugendtreff in Bernau

Breitscheid 43a • Kulurthof • Bernau

10. 9. 2005

Fête du Mauerpark (mit Rotdorn-Stand)

Umsonst und draußen:

Es erwarten Euch Livemusik und Infostände. Auch wir werden wieder einen Stand haben.

Im Mauerpark, Prenzlauer Berg

11. 9. 2005 13-18 Uhr

Aktionstag (mit Rotdorn-Stand)

Gegen gegen Rassismus, Neonazismus & Krieg: Ausstellungen, Gespräche, Kinderfest, Musik, Bücher, Essen & Trinken an über 100 Ständen.

Marx-Engels-Forum, 200m neben dem Roten Rathaus, Alexanderplatz

15. 9. 2005 ab 21 Uhr

Konzert

SIN SOSPECHAS (Ska & Reggae / Venezuela)

LOS JAVELIN (Rockabilly & Surf / Venezuela)

SOWJETSKAJA (Skapunk / Berlin)

LES CALCATOGGIOS (Ska / Berlin)

Im Tommy-Weißbecker-Haus, Wilhelmstr. 9, Berlin-Kreuzberg, U-Bahn: Hallesches Tor

7. 10. - 9. 10. 2005

Vorbereitungstreffen

Das Treffen der mächtigsten 8 Staaten der Welt (G8) wird 2007 in Deutschland im Ostseebad Heiligendamm stattfinden. Schon jetzt laufen die Vorbereitungen für Stör- und Protestaktionen an. Das erste große Vorbereitungstreffen wird in Hamburg stattfinden.

Infos: <http://de.dissent.org.uk>

PREISRÄTSEL

Gesucht werden die Seitenzahlen zu den gegebenen Bildauschnitte. Einfach die Karte ausfüllen, losschicken und mit etwas Glück gewinnt ihr einen von drei Rotdornsamplern!



Bild 1



Bild 2



Bild 3



Gewinner der letzten Ausgabe:
Sofie S., 18 Jahre aus Didersdorf
Tommy K., 19 Jahre aus Berlin
Ellen E., 15 Jahre aus Berlin

Impressum

Rotdorn

erscheint dreimal jährlich und hat eine Auflage von 6000-7000 Exemplaren
15. Jahrgang Nr. 42/04

v.i.S.d.P.

die Rotdornredaktion

Kontakt

Rotdorn
Postfach 87 01 06
13161 Berlin
fon: (030) 44 04 61 56
mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Bankverbindung

Inhaber: O. Krüger
Kontonummer: 412 454 48 50
Bank: Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00
Verwendungszweck: Rotdorn

Redaktionsschluss Ausgabe 43:

2. Dezember 2005

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht immer der Meinung der Redaktion entsprechen.

Lösung des Bilderrätsels Bild 1: _____ (Seite) Bild 2: _____ (Seite) Bild 3: _____ (Seite)

Deine Anschrift: Name: _____
Straße: _____
PLZ: _____ Ort: _____
e-mail: _____ Tel.: _____

Ich will mitmachen!

Wir brauchen immer kluge Köpfe und helfende Hände! Wir melden uns bei Dir und laden Dich zu einem unserer nächsten Redaktionstreffen ein.

Ich brauche ein Abo!

Das Abo ist kostenlos solange wir dies finanzieren können. Wenn Du uns die Portokosten (oder mehr) überweist (Bankverbindung siehe links), ist Dein Abo 100% gesichert! Gerne schicken wir Dir ein paar mehr Rotdörner zum verteilen. Anzahl: _____

Den Rotdorn 42 fand ich: _____

Themenauswahl: _____ (Note 1-6) Aufmachung: _____ (Note 1-6)

Beste Artikel: _____

Warum? Weil: _____

Deine Kritik: _____

Ich habe den Rotdorn _____ (Ort; Anlaß; Begebenheit) erhalten.

Ich lese den Rotdorn regelmäßig; zum _____ Mal Ich bin _____ Jahre alt

Bitte mit
45 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870 106
13161 Berlin

„Es gibt etwas dem man genauso wenig entgehen kann wie dem Tod, und das ist das Leben, Leben, Leben! Denke an die Kraft die im Universum ist, die die Erde bewegt, die Bäume wachsen lässt. Und genau die selbe Kraft ist in dir, wenn du nur den Mut und den Willen hast diese Kraft zu gebrauchen.“ aus dem Film „Limelights“ mit Charlie Chaplin



Die Rotdornredaktion

wer wir sind und was wir wollen

Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen wollen. Gemeinsam wollen wir ein profiliertes und ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Kein Redaktionsmitglied bekommt einen Cent für seine Mitarbeit, es gibt keine Hierarchien, keine Privilegien. Wir treffen uns einmal pro Woche um die Idee einer Ausgabe Wirklichkeit werden zu lassen. In über 15 Jahren entstanden so inzwischen 42 Ausgaben des Rotdorn, denn notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir leben in einer Zeit der gesellschaftspolitischen Umbrüche, in der die linke Politik gezwungen ist harte Abwehrkämpfe zu führen, auf der anderen Seite aber eine wachsende Anzahl Menschen weltweit beginnen die ausbeuterische Logik des Kapitalismus grundlegend in Frage zu stellen:

Neoliberale Regierungsarbeit

Rot-Grün hat sich als Reformprojekt und gesellschaftliche Alternative schon lange erledigt. Die dringend notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen sind nicht zu erreichen, wenn man politisches Handeln dem Willen der Wirtschaft und kapitalträchtigen Lobbyverbänden unterwirft. Die von Schröder und Fischer zu verantwortende Politik des Sozialabbaus, der Kriegstreiberei und der faulen Kompromisse hat die Dämme gebrochen: eine Regierung unter Merkel wird tun können, was sie sich zu Kohls Zeiten nie getraut hätte – die Liste der Begehrlichkeiten der Wirtschaft wird immer lang bleiben.

Die außerparlamentarische Opposition

Der Widerspruch zwischen den ehemaligen Grundsätzen der SPD und der Grünen und dem realen Regierungshandeln ist unübersehbar. Damit verbunden ist eine Lähmung von Teilen der »traditionellen« Linken, seien es die Gewerkschaften aus Rücksicht auf die SPD oder die ehemalige Friedens- und Antiatomkraftbewegung aus Rücksicht auf die Grünen.

Widerstand ist wichtiger denn je: Diese Erkenntnis teilen immer mehr Menschen weltweit. Es hat sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Ansätzen und Aktionsformen formiert. Exemplarisch für dieses breite Spektrum von den vielen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann, stehen die „Zapatistas“ in Mexiko, die „tute bianche“ in Italien und „attac“. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser globalisierungskritischen Bewegung.

Die Linke in den Parlamenten

Die Leere links von rot-grün muss mit einer starken Linken gefüllt werden!

Eine neue Linkspartei soll wieder alternative Ideen und Konzepte in die Parlamente bringen und dort wo sie in den Landesparlamenten in Regierungsverantwortung steht, muss ihre Position gestärkt werden, dass sie nicht nur einen Abwehrkampf gegen Beschlüsse aus der Bundespolitik und Spatzwang ausfechten muss.

Des weiteren soll die Linkspartei ein Sprachrohr für die außerparlamentarische Opposition und Gegenöffentlichkeit sein. Damit dies möglich ist, setzen wir uns ganz klar für den Einzug der Linkspartei in den Bundestag ein.

Unterstützung

Die Möglichkeiten uns zu unterstützen sind vielfältig. Mach bei uns mit – wir brauchen immer helfende Hände und kluge Köpfe. Kontaktiere uns einfach per mail oder Telefon, die Kontaktmöglichkeiten findest Du im Impressum auf der Rückseite.

Oder Du willst den Rotdorn an deiner Schule/Uni/Stammkneipe (wo auch immer) verteilen. Wir schicken den Rotdorn gerne zu Dir nach Hause. Wenn es Dir möglich ist, würden wir uns über eine Beteiligung an den Portokosten sehr freuen – ansonsten probieren wir das Abo solange wir es können kostenlos zu halten.

Wenn Du den Rotdorn nicht zum ersten mal liest ist Dir bestimmt schon aufgefallen, dass wir unseren Umfang reduzieren mussten. Dadurch fallen viele interessante Artikel bis auf weiteres unter den Tisch. Zwar wird ein Grossteil der Druckkosten von der PDS finanziert, doch um die Auflagenstärke und die Verschickung des Rotdorn zu sichern sind wir dringend auf Spenden angewiesen! Jeder noch so kleine Betrag hilft uns weiter – wenn jede/r Leser/in nur 1 Euro spenden würde, hätten wir fast die Druckkosten für ein Jahr gesichert. Die Bankverbindung steht ebenfalls im Impressum auf der Rückseite, bei Angabe von Namen und Adresse im Verwendungszweck schicken wir Dir den Rotdorn-Sampler als Dankeschön.